

STADT KITZINGEN

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES AM 20.09.2012

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.09.2012
Beginn: 18:20 Uhr
Ende: 20:50 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller ohne Ziffer 9 Unterziffer 2 –
pers. beteiligt

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther
Stadträtin Rosmarie Richter
Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser
Stadtrat Thomas Rank Vertretung für Frau Gertrud Schwab

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul
Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter
Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger
Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Gertrud Schwab

Gäste

Stadtrat Marstaller
Stadträtin Glos
Stadtrat Popp
Stadtrat Steinruck
Ortssprecher Pfrenzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 7 „Satzung über die Herstellung von Stellplätzen und deren Ablösung der Großen Kreisstadt“ zurückgezogen werde.

Oberrechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass mit der Sitzungsvorlage der alte Zustand wieder in ordentliche Bahnen gebracht werden sollte. In der Vorbereitung wurden verschiedene juristische Ungenauigkeiten entdeckt, die nochmals überprüft werden sollten. Nachdem dies erfolgte, werde sie die Satzung an die Stadträte verschicken und im Vorfeld einer Beratung im Gremium, können die Stadträte entsprechende Fragen und Änderungswünsche an die Verwaltung richten.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass darüber hinaus der TOP 3.2. abgesetzt wurde.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Finanzausschusses vom 14.06.12, 28.06.12 und 19.07.12

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Finanzausschusses vom 14.06.12, 28.06.12 und 19.07.12 gelten gemäß Art 54 Abs. 2 als genehmigt.

2. Anträge von Fraktionen und Gruppen

2.1. Erwerb von Flächen und Immobilien aus den Konversionsarealen; KIK-Antrag Nr. 76-2010

Verwaltungsrat Hartner geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass alle Kitzinger Vereine angeschrieben wurden und verweist auf das vorliegende Ergebnis. Aus der folgenden Diskussion erhoffe er sich einen weiteren Arbeitsauftrag, den er bislang noch nicht erkennen konnte.

Bürgermeister Christof als Antragssteller kritisiert, dass die Bearbeitung des Antrages sehr lange gedauert habe. Er verweist auf den Handlungsauftrag im Antrag und wundert sich, dass die Verwaltung diesen nicht erkannt habe. Seiner Auffassung nach haben sehr viele Vereine einen Bedarf an Räumlichkeiten. Die Verwaltung sollte die Möglichkeit in den Marshall Heights prüfen. Ebenso verweist er auf eine Vielzahl von Möglichkeiten in der Stadt (Siedlung, Roxy-Kino, am Bahnhof), die für die Vereine genutzt werden könnten. Seiner Auffassung nach könne man durch einen Erwerb, die Vereine entsprechend zu unterstützen. Durch diese Förderung beispielsweise in der Kultur bekomme die Stadt einen erheblichen Mehrwert zurück.

Stadträtin Kahnt ist der Auffassung, dass der Bedarf für die verschiedenen Anliegen und Größen ausgerichtet und sortiert werden müsste. Ihrer Auffassung nach könnten beispielsweise im Bürgerzentrum in der Siedlung nach dessen Umbau, Vereine untergebracht werden. Darüber hinaus stehe die

Sanierung der Deustersporthalle in Rede. Bei einer Konzepterstellung könne man Räume für die entsprechenden Vereine vorsehen.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass aufgrund des Bedarfes der einzelnen Vereine, die Verwaltung einen Handlungsbedarf sehen müsse und bei der Findung von Räumlichkeiten, den Vereinen unterstützend zur Seite steht. Beispielsweise mit Blick auf den Bedarf des Tierheims habe die Verwaltung die Verpflichtung bei der Suche oder Schaffung zu helfen. Es müsse geprüft werden, welche Liegenschaften eignen sich, um den Bedarf zu decken. Seiner Auffassung nach könne man im Haushalt 100.000,00 € für derartige Zwecke einstellen. Er bittet um Überprüfung eines Erwerbes des Kühlhauses im Klosterforst und bittet, die entsprechenden Gespräche mit der BIMA zu führen.

Oberbürgermeister Müller ist der Auffassung, dass man aus einem solchen Antrag keine Begehrlichkeiten für die Vereine ableiten könne und stellt dar, dass eine Nutzung durch die Vereine nicht umsonst stattfinden könne. Bei früheren Vorhaben, bei denen beispielsweise lediglich der Unterhalt angefallen wäre, konnte auch dieser von den Vereinen nicht geleistet werden.

Stadtrat Schmidt äußert seinen Unmut, dass die Verwaltung es nicht einmal probiert hätte, entsprechende Räumlichkeiten zu prüfen sowie die Kosten dafür zu ermitteln.

Stadträtin Dr. Endres-Paul sieht die Aufgabe der Stadt nicht darin, Immobilien zu kaufen und diese im Folgenden weiterzuvermieten. Man sollte mit den Vereinen sprechen und erläutern, welche Möglichkeiten es gibt und inwiefern die Verwaltung hilfestellend zur Seite stehen kann.

Stadträtin Wallrapp verweist auf einen vergleichbaren Prozess im Rahmen der Umnutzung des Alten Krankenhauses. Anfangs waren die Vereine euphorisiert und als es um die finanzielle Beteiligung ging, ging die Begeisterung zurück. Sie spricht sich ebenfalls für Gespräche mit den entsprechenden Vereinen aus und schlägt vor, dass dies im Kulturbeirat gemeinsam mit dem Sportreferent passieren könne.

Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, dass die Diskussion nicht auf die Liste reduziert werden dürfe. Es gehe ihm vielmehr durch das zur Verfügung stellen verschiedener Räume oder Möglichkeiten um die Steigerung des bürgerschaftlichen Engagements. Die Verwaltung erreiche beispielsweise in den Larson mehr, als wenn die Vereine selbst nachfragen würden.

Oberbürgermeister Müller gibt soweit Recht, jedoch müsse dies auch entsprechend finanziert werden.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass die freie Finanzspanne nicht in das unendliche reiche und verweist insbesondere auf das schwierige Haushaltsjahr 2014. Alles, was über die freie Finanzspanne hinausgehe, erhöhe die Verschuldung.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass dieses wichtige Thema nicht auf das Thema „Geld“ reduziert werden dürfe. Es handle sich hierbei auch um einen weichen Standortfaktor, mit dem für die Stadt Kitzingen geworben werden könne. Es müsse geprüft werden, welchen Bedarf die Vereine haben und welche Möglichkeiten die Stadt bieten könne. Er erklärt, dass diese vielschichtige Thema (Geld, Zeit, Räume, Doppelnutzung, Ankäufe) nicht innerhalb des Stadtrates diskutiert werden könne. Es müsse überlegt werden, welches Verfahren das Richtige sei und welche Schritte notwendig werden, um konzeptionell vorgehen zu können.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass in heutiger Sitzung kein Beschluss gefasst

werde. Den Vorschlag von Stadträtin Wallrapp, den Kulturbeirat mit Sportreferent damit zu beauftragen halte er für sinnvoll. Unabhängig davon sagt er zu, auf die BIMA hinsichtlich eines Erwerbs des Kühlhauses zuzugehen.

Stadträtin Schmidt bittet, bei diesem Verfahren auch Herrn Bürgermeister Christof als Antragssteller einzubeziehen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass Bürgermeister Christof ohnehin im Kulturbeirat vertreten sei.

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung erfolge in der Stadtratssitzung am 27.09.2012.

3. Auftragsvergaben

3.1. Nordtangente BA III b - Umbau der bestehenden höhengleichen Kreuzung Nordtangente / St 2271 zu einer höhenfreien Kreuzung; Kenntnisnahme gem. Art. 37 Abs. 3 GO

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag zur Prüfung der Ausführungsplanung für die Brücke über die St 2271 wurde gemäß Art. 37 Abs. 3 BayGO auf der Grundlage der einheitlichen Gebührenordnung RVP (Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen) an die LGA Würzburg, Abteilung Prüffamt für Standsicherheit, auf Grundlage des Angebotes vom 21.08.2012 freihändig vergeben.

3.2. Feuerwehrgerätehaus Sickerhausen, Fassadenarbeiten; hier: Auftragsvergabe nach VOB - Tischvorlage -

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dieser Beschlussentwurf im Turnus 9. Oktober/18. Oktober behandelt werde.

3.3. Mittelschule Kitzingen Siedlung, Brandschutz/Energetische Sanierung; hier: Auftragsvergabe nach VOB - Fensterbauarbeiten

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Den Auftrag für die Fensterbauarbeiten an der Mittelschule Kitzingen Siedlung erhält die Firma Richert, Wallenhorst.

Die Auftragssumme schließt mit 410.824,52 €.

**3.4. Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen für den Städt. Bauhof
Beschaffung eines Teleskopladers
hier: Auftragsvergabe nach beschränkter Ausschreibung gem. VOL/A;
Kenntnisnahme**

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag für die Beschaffung eines Teleskopladers vergeben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

4. Budgetübertrag

Vor der Beratung der einzelnen Budgets geht Oberbürgermeister Müller auf das Procedere ein und stellt fest, dass bei vier Budgets ein Beschluss zu fassen ist:

TOP 4.2 Sonstige Öffentliche Einrichtungen
TOP 4.3 Heimat- und Kulturpflege
TOP 4.9 Volkshochschule
TOP 4.12 Bauhof

Alle Übrigen Budgets werden lediglich zur Kenntnis genommen. Sollten Fragen zu den einzelnen Budgets bestehen, sollten diese vorab gestellt und die Budgets on Block zur Kenntnis genommen werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

4.1. Budgetabrechnung Stadtjugendpflege 2011

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets Stadtjugendpflege UA 4605 für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 13.995,07 €. Der Überschuss wird zu 70%, d.h. in Höhe von 9.797,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.2. Budgetübertrag 2011;
hier: Sonstige Öffentliche Einrichtungen**

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag und die einzelnen Ergebnisse der Unterabschnitte. Er schlägt vor, dass negative Budgetergebnisse nicht in das Haushaltsjahr 2012 zu übertragen.

Stadträtin Wallrapp verweist auf den Zustand des Daches der Sickerhalle und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass sicherlich die Sickergrundhalle gemeint sei und sagt zu, einen aktuellen Sachstand mitzuteilen.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Das negative Ergebnis beim Budget „Sonstige Öffentliche Einrichtungen“ in

Höhe von 6.129,00 € wird nicht in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.3. Budgetübertrag von 2011;
UA 3400; Heimat- und Kulturpflege**

Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein und bittet, den negativen Budgetübertrag nicht ins Haushaltsjahr 2012 übertragen werden sollte. Stadtrat Schmidt möchte wissen, ob der Zuschuss an den Stadtmarketingverein für die Durchführung des Weihnachtsmarktes bei der Haushaltsstelle 3400.6318 enthalten sei, was Protokollführer Müller verneint.

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass dies nicht Transparenz sei, worauf Protokollführer Müller auf die Haushaltssystematik verweist, wonach Zuschüsse bei einer anderen Haushaltsstelle verbucht werden müsse, als allg. Aufwendungen für den Weihnachtsmarkt.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, in welcher Höhe die Bauhofsleistungen für den Weihnachtsmarkt 2011 angefallen seien, was Protokollführer Müller auf 25.000,00 € beziffert (2010: 19.500). Sie stellt fest, dass durch den Standortwechsel auf den Platz der Partnerstädte erhebliche Aufwendungen entstanden seien, die ihrer Auffassung nach besser im Auge behalten werden sollten. Mit Blick auf diese Mehraufwendungen spricht sie sich lediglich für die Reduzierung des Betrages um 50 % aus.

Oberbürgermeister Müller gibt zu Bedenken, dass diese Mittel nicht aus dem Budget erwirtschaftet werden können und für geplante Beschaffungen (z. B. Weihnachtsbaumbeleuchtung) fehle. Er bittet um Abstimmung des Beschlussentwurfs.

beschlossen dafür 8 dagegen 5

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das negative Ergebnis beim Budget „Heimat- und Kulturpflege“ UA 3400 in Höhe von 15.697,00 € wird nicht in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.4. Budgetabrechnung 2011;
Budget Standesamt - UA 0501**

Ohne Abstimmung

Für das Standesamt ergibt sich im Jahr 2011 ein positiver Übertrag auf 2012 in Höhe von

10.200,- €.

**4.5. Städtisches Archiv, UA 3111;
Bugetübertrag 2011**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets des Stadtarchivs – UA 3111 für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 8.306,59 Euro ab. Der Überschuss wird zu 70%, d.h. in Höhe von 5.815,00 Euro, in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

Dieser positive Übertrag dient zur Deckung der nicht vorhersehbaren Mehrausgaben für die Umgestaltung bzw. Erweiterung des Arbeitsplatzes der neuen Mitarbeiterin im Stadtarchiv.

**4.6. Budgetabrechnung 2011;
Gesamtbudget "Städtische Friedhöfe" - UA 7511 bis UA 7516**

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass es sich bei den Friedhöfen und eine kostendeckende Einrichtung handle, jedoch gegenwärtig noch ein Defizit aufweise.

Ihrer Auffassung nach werde sich dies, wenn die Friedwiesen entsprechend angenommen werden, wieder ändern. Ihrer Auffassung nach sollte man die alternativen Bestattungsformen in der Stadt noch besser bewerben.

Oberrechtsrätin Schmöger stimmt soweit zu und weist darauf hin, dass man hinsichtlich der Bestattungseinrichtungen auf einem guten Weg sei. Sie erklärt, dass bis Weihnachten die Friedhofssatzung auf die neuen Gegebenheiten entsprechend angepasst werden solle.

Ohne Abstimmung

Für das Standesamt ergibt sich im Jahr 2011 ein negativer Übertrag auf 2012 in Höhe von

29.312,- €.

**4.7. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget Feuerwehr - UA 1300 -**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Feuerwehr – UA 1300 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 17.285,61 € ab.

Der Überschuss wird zu 70 %, d.h. in Höhe von 12.100,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.8. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget Verkehrsüberwachung - UA 1122, UA 6815 -**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Verkehrsüberwachung – UA 1122, UA 6815 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 31.583,10 € ab.

Auf den Übertrag in Höhe von 18.075,00 € in das Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

**4.9. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011
Budget Volkshochschule - UA 3501**

beschlossen **dafür 13** **dagegen 0**

Die Abrechnung des Budgets Volkshochschule – UA 3501 für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 19.751,00 € ab.
Wir bitten darum, den Überschuss entgegen den Budgetierungsrichtlinien in voller Höhe (100 %) in das Haushaltsjahr 2012 zu übertragen.

**4.10. Abrechnung des Budgets für das Haushaltsjahr 2011;
Gesamtbudget UA 3331 - Musikschule**

Stadträtin Richter verweist auf die Renovierungsarbeiten, die mit dem Budgetüberschuss erledigt werden sollen und möchte wissen, ob die Stadt als Mieter hierfür zuständig sei.

Verwaltungsrat Hartner sagt zu, dies anhand des Mietvertrages zu prüfen.

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets von 309.370 € - UA 3331 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 19.804,80€ ab.

Der Überschuss wird zu 70%, d. h. in Höhe von 13.863,00€ in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.11. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011
Budget Alte Synagoge - UA 3009**

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Alte Synagoge – UA 3009 für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Defizit in Höhe von 6.808,00 € ab.
Das Defizit wird in voller Höhe in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

**4.12. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Budget Bauhof - UA 7711 -**

beschlossen **dafür 13** **dagegen 0**

Die Abrechnung des Budgets Bauhof – UA 7711 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Defizit in Höhe von 31.090 € ab.
Das Defizit in Höhe von 31.090 € wird nicht ins Folgejahr übertragen.

**4.13. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011;
Gesamtbudget Straßen, Wege, Plätze - UA 5800, 5921, 5931, 6300, 6500,
6600, 6709, 6751, 6752, 6900 und 7850**

Stadträtin Wallrapp verweist auf eine Anfrage hinsichtlich der Übernahme der Spielgeräte ehem. Schülerhort in der Flugplatzstraße Sie stellt fest, dass die Zeit bereits sehr an den Geräten genagt hat und ist der Auffassung, dass die Verwaltung dringend handeln müsse. Mit Blick auf die Beschaffungen von Spielgeräten

bei diesem Budget könne man diese Geräte seitens der Stadt nutzen.

Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass bereits seitens der Verwaltung die Verwendung der Speigeräte geprüft wurde und kein Anspruch am Eigentum bestehe.

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Gesamtbudgets Straßen, Wege, Plätze – UA 5800, 5921, 5931, 6300, 6500, 6600, 6709, 6751, 6752, 6900 und 7850 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 64.330,69 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d.h. in Höhe von 45.031,00 €, in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

4.14. Budgetabrechnung 2011; Budget Abwasserbeseitigung - UA 7000, 7002, 7006, 7146, 7189

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Gesamtbudgets 2011 schließt mit einem zusätzlich erwirtschafteten Überschuss in Höhe von 49.232,22 € ab. Der Überschuss wird zu 70 % d.h. in Höhe von 34.463,00 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

4.15. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2011; Budget Stadtgärtnerei - UA 5821

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets Stadtgärtnerei – UA 5821 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 15.202,24 € ab. Der Überschuss wird zu 70 %, d.h. in Höhe von 10.642,00 € übertragen.

4.16. Budgetabrechnung des Städtischen Museums Kitzingen für das Haushaltsjahr 2011 - UA 3200

Ohne Abstimmung

1. Die Abrechnung des Budgets Städtisches Museum Kitzingen – UA 3200 – für das Haushaltsjahr 2011 schließt mit einem Defizit von 21.335,00 € ab.
2. Das Defizit für das HH-Jahr 2011 wird in voller Höhe (21.335,00 €) übertragen und in den Jahren 2012 – 2015, gemäß Beschluss des Stadtrates vom 22.02.2011, schrittweise durch Verminderung der Ausgaben im Bereich der operativen Haushaltsstellen des Städtischen Museums abgebaut.

5. GBW AG - Verkauf/Erwerb des Aktienpaketes der Bayer. Landesbank

Oberbürgermeister Müller geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass die Wohnungen der Bayerischen Landesbank aufgrund eines Beschlusses der EU in einem europaweiten Bieterverfahren verkauft werden müssen. Die Stadt wurde angefragt, ob sie sich an der Komplementär-GmbH als Gesellschafterin beteiligen

möchte. Seiner Auffassung nach sollte sich die Stadt Kitzingen daran nicht beteiligen.

Der Bayerische Gemeinde- sowie Städtetag sind sich einig, dass die betroffenen Mieter entsprechend geschützt werden müssten und die Verträge dergestalt abgesichert werden, dass durch entsprechende Sanierungen keine übertriebenen Mieterhöhungen entstehen.

Stadtrat Schmidt möchte wissen, weshalb die 700 Wohnungen der Marshall Heights bei den Überlegungen mituntersucht werden sollen.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass die GBW ca. 600 Wohnungen hätte und in der Stadt nochmals 700 Wohnungen vorhanden seien. Mit Blick auf den Wohnungsmarkt sollte man die Wohnungen der Marshall Heights nicht aus dem Auge verlieren.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass man sich an der Gesellschaft nicht beteiligen sollte. Er denke, dass hierbei ein geschlossener Immobilienfonds entstehen werde.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser ist ebenfalls der Auffassung, sich als Stadt nicht an der Gesellschaft zu beteiligen und stimmt dem Beschlussentwurf zu.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul nimmt ausführlich zu den GBW-Wohnungen Stellung und stellt fest, dass diese aufgrund der bekannten Misswirtschaft der bayerischen Landesbank veräußert werden müssen. Die GBW sei die größte Wohnungsbau-gesellschaft in Bayern und habe alleine in Kitzingen 591 Wohnungen. Sie verweist auf eine Unterschriftenaktion der SPD, an der sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben. Ihrer Auffassung nach sollte sich die Stadt nicht an der Gesellschaft beteiligen und fordert, dass die Staatsregierung darauf drängen sollten, die Mieterinnen und Mieter einzelvertraglich abzusichern. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob der § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB auf die Wohnungen angewendet werden könnte und stellt das Verfahren dar.

Stadträtin Richter wendet ein, dass es sich hierbei um Wahlkampf handle und bittet dies zu unterlassen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt, dass sie diese Stellungnahme noch als Antrag einreichen werde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass es lediglich um die Beteiligung an der Gesellschaft gehe und die weiteren Themen in der Zukunft sicherlich diskutiert werden können.

Stadträtin Dr. Endres-Paul ist der Auffassung, dass man vorbereitet sein sollte und gibt ihre Zustimmung zum Beschlussentwurf.

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp gibt ebenfalls ihre Zustimmung zum Beschlussentwurf.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof stimmt dem Beschlussentwurf ebenfalls zu.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt dem Beschlussentwurf ebenfalls zu. In diesem Zu-

sammenhang sollte man auch überlegen, wie die Stadt die Problematik „billiger Wohnraum“ angehe insbesondere im Bereich Siedlung und Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen. Man dürfe nicht erst warten, bis vollendete Tatsachen bestehen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Wohnungen nach dem Erwerb nicht sofort verkauft werden. Alle fränkischen Oberbürgermeister sind der gleichen Meinung, dass die Mieter durch neue Verträge entsprechende abgesichert werden. Dies gehe jedoch nur über die Verbände.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Kitzingen als Gesellschafterin an einer Komplementär-GmbH zum Erwerb von Anteilen an der GBW AG in einem offenen Bieterverfahren nicht beteiligt.

6. Satzung über die Herstellung von Stellplätzen und deren Ablösung der Großen Kreisstadt Kitzingen (Stellplatzsatzung)

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**7. Bau einer Wohnanlage für Betreutes Wohnen in der Lindenstraße 15, 17 mit Würzburger Straße 25 ("Goldener Löwe")
Hier: Beschluss über das Neubaukonzept**

Bauamtsleiter Graumann geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und stellt das Konzept zur Umnutzung des Goldenen Löwen dar. Der Investor möchte eine Wohnanlage für betreutes Wohnen realisieren. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die ehem. Gaststätte wieder als solche genutzt werde. Er bittet dem Konzept zuzustimmen, damit mit dem Investor die weiteren Schritte angegangen werden können.

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent stellt fest, dass sich der Stadtentwicklungsbeirat in seiner letzten Sitzung mit dem vorliegenden Konzept beschäftigt habe und dieses einstimmig befürworte. Es bestehe ein Bedarf an senioren-gerechtem Wohnen und verweist insbesondere auf die Weiternutzung der Gastwirtschaft. Bedauerlich sei, dass das Gebäude nicht erhalten bleiben könne, jedoch füge sich der Neubau in die dortige Gegend ein.

Stadträtin Kahnt möchte wissen, wie sicher die Investorenanfrage sei. Darüber hinaus fragt sie nach, wie die Stellplatzproblematik gelöst werde.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass mit dem Investor bereits seit einem halben Jahr Gespräche geführt werden und dieser sehr gewollt sei. Es bestehe jedoch keine vertragliche Verpflichtung, so dass von einer hundertprozentigen Sicherheit nicht gesprochen werden könne.

Hinsichtlich der Parkplätze erklärt er mit Verweis auf die in Rede stehende neue Stellplatzsatzung, dass die Frage beantwortet werden müsse, ob im Innenstadtbereich zwingend Parkplätze vorgehalten werden müssen oder ob eine Pflicht zur

Errichtung, so wie es die neue Satzung vorsehen soll, bestehe. Es sei nicht vorgesehen, dass im Grünbereich geparkt werde. Gegenwärtig sei es auf dem öffentlichen Parkplatz möglich sowie im Straßenraum.

Stellungnahme der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt kann dem vorliegenden Konzept im Grunde zustimmen und findet den städtebaulichen Ansatz gut. Darüber hinaus freut er sich, dass ein Investor gefunden wurde. Seiner Auffassung nach könne die gestalterische Ausführung noch verbessert werden und gibt zu Bedenken, ob das alte Gebäude in gleicher Weise nachgebaut werden sollte. Er plädiert für modernere Elemente.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser verweist auf die Stellungnahme von Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul gibt ihre Zustimmung zum vorgelegten Konzept.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp freut sich, dass durch das Projekt seniorengerechtes Wohnen entstehen werde, welches bislang in der Innenstadt noch fehle. Sie gibt ihre Zustimmung zum vorgestellten Konzept.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof bezieht sich auf die Gestaltung des Gebäudes und findet die Historisierung nicht gut. Er möchte wissen, ob man hier in die Planung noch eingreifen könne. Diese neue Situation hinsichtlich des Ortseingangs müsse gestalterisch ebenfalls bedacht werden. Darüber hinaus spricht er die Parkplatzsituation in diesem Bereich an und kritisiert die aufgrund der Satzung wegfallende Stellplatzablöse. Hierbei müsse ebenfalls eine Lösung gefunden werden. Grundsätzlich sei es prima, dass eine Lösung zur Umnutzung des Goldenen Löwen komme. Er ist jedoch der Auffassung, dass für das Optimum noch viel Arbeit nötig sei.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stellt fest, dass man mit der Planung noch am Anfang sei und möchte wissen, in welche Richtung der Betreuung es gehe, da es hierbei erhebliche Unterschiede gebe (altengerechtes Wohnen, betreutes Wohnen).

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass es sich um Wohnungen handle und keine Einrichtung entstehen werde. Die Wohnungen werden so entstehen, dass sie nach dem Bedarf der Senioren genutzt werden können.

Stadträtin Schmidt ist der Auffassung, dass man dem Investor hinsichtlich der Wohnform entsprechende Vorgaben machen sollte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Stadt dem privaten Investor keine Vorgaben hinsichtlich der Wohnform machen könne.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm freut sich, dass ein Investor zur Umnutzung des Goldenen Löwen gefunden wurde. Bei der Gestaltung sollten die Experten im Stadtrat dem Bauamt beratend zur Seite stehen. Er sehe einen Bedarf an seniorengerechtem Wohnen in der Innenstadt und stimmt dem Konzept zu.

Oberbürgermeister Müller bittet um Beachtung, dass die Anforderungen an den Investor nicht zu hoch gestellt werden dürften.

Stadtrat Rank ergänzt, dass es sich im Grunde um eine Privatmaßnahme auf einem Privatgrundstück handle und die Stadt bauplanungsrechtlich nicht eingreifen könne.

Bauamtsleiter Graumann weist abschließend darauf hin, dass das Projekt noch nicht abschließend entwickelt sei und dem Investor gegenwärtig ein eindeutiges Votum sehr wichtig sei. Es gehe um die Entwicklung von innerstädtischen Raum und auch beachtet werden müsse, welche Nutzung kann mit Blick auf die umliegenden Faktoren (B 8, Eisenbahnüberführung) entstehen.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Neubaukonzept, in der vorgelegten Fassung (siehe Anlage), als Grundlage für die weitere Planung zu.
3. Der Stadtrat ist mit der Genehmigungsplanung nochmals zu befassen.

8. Bayer. Kommunalen Prüfungsverband - Prüfung der Jahresrechnungen 2007 - 2010, TZ 3 b) Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen; Festsetzung des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt Kitzingen

Stadtkämmerer Weber geht kurz auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Wallrapp verweist auf eine Anfrage, wonach die Stiftungssatzung hinsichtlich der Förderung von Maßnahmen (z. B. Demenzservicestelle oder Mehrgenerationenhaus) überprüft werden sollte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies erfolgt sei und eine Inanspruchnahme des Stiftungsvermögens nicht möglich ist.

Stadträtin Wallrapp kenne diese Antwort nicht, worauf Stadtkämmerer Weber zusagt, diese nochmals an die Stadträte zu geben.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Der jährliche Verwaltungskostenbeitrag (fällig am 30.06.) von der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen an die Stadt Kitzingen wird für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2017 auf 2.500,00 € festgesetzt.

9. Feststellung der Jahresrechnung 2008 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe sowie Entlastung der Verwaltung

Oberbürgermeister Müller ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und verlässt ohne Aufforderung seinen Platz.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Feststellung der Jahresrechnung 2008 (Abstimmung mit Oberbürgermeister)

Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird die Jahresrechnung 2008 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe nach Durchführung der örtlichen Prüfung festgestellt.

beschlossen **dafür 12** **dagegen 0**

Oberbürgermeister Müller ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und verlässt ohne Aufforderung seinen Platz.

2. Entlastung der Verwaltung (Abstimmung mit Ausschluss Oberbürgermeister)

Gemäß Art. 102 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird für die Jahresrechnung 2008 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe der Verwaltung die Entlastung erteilt.

10. Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile; Nachkalkulation 2011 und Vorkalkulation 2012 - 2015

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag. Es sollte keine Erhöhung vorgenommen werden. Die Entwicklung hinsichtlich der Friedwiesen müsse man abwarten.

Stadtrat Böhm fragt nach, ob der Alte Friedhof sowie der Friedhof Etwashausen auch getrennt voneinander dargestellt werden könne.

Stadtkämmerer Weber sagt eine Prüfung zu.

beschlossen **dafür 13** **dagegen 0**

Das Defizit aus der Nachkalkulation 2011 wird in die Folgejahre vorgetragen.

Die Friedhofsgebühren für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile bleiben unverändert, auf eine Erhöhung im Haushaltsjahr 2012 wird verzichtet.

11. Förderverein Gartenschau Gelände e. V., hier: Zuschuss

Oberbürgermeister Müller geht auf den Sachverhalt ein und bittet dem Zuschuss in Höhe von 2.000,00 € zuzustimmen. Die Entwicklung müsse abgewartet werden, ob ein Zuschuss von 2.000,00 € ausreiche bzw. ob sich ggf. der Verein selbst tragen könne.

beschlossen **dafür 13** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Förderverein Gartenschau Gelände e. V. wird jährlich mit 2.000 € bezuschusst.
3. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden auf der Haushaltsstelle 5840.7090 bereitgestellt.

**12. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau West";
Kommunales Förderprogramm der Stadt Kitzingen;
Zuschussantrag von Herrn Horst Pfrang auf Förderung von Gerüstbau- und
Dachdeckerarbeiten einschl. Dachentwässerung am Anwesen Völkergasse
4**

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Für Fensterarbeiten am Anwesen Völkergasse 4, Bauherr: Herr Horst Pfrang, wird ein Zuschuss in Höhe von 10.000 € aus dem Kommunalen Förderprogramm der Stadt Kitzingen gewährt.

**13. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt;
Weiterführung des Quartiersbüros in der Böhmerwaldstr. 11**

Stadträtin Schmidt als Referentin für Soziale Stadt bittet um Zustimmung.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Laufzeit so lange festgelegt sei, bis die Maßnahme Stadtteilzentrum Siedlung (St. Vinzenz) abgeschlossen sei (2014).

Stadtrat Schmidt möchte wissen, wie lange der Vertrag mit dem Quartiersmanager geschlossen wurde.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass eine Verlängerung um zwei Jahre beschlossen wurde und sich der Zeitpunkt ziemlich decken müsste.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Der Weiterführung des eingerichteten Quartiersbüros und der Verlängerung des Mietvertrages bis zum 31.07.2014 wird zugestimmt.

14. "World-Press-Photo-Ausstellung 2012" im Jahr 2013 in Kitzingen

Verwaltungsrat Hartner geht kurz auf den Sachverhalt ein und erklärt, dass aufgrund gestiegener Produktionskosten ein Betrag in Höhe von 21.000,00 € in den Haushalt eingestellt werden sollten.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass die Ausstellung für die Stadt überregionale Bedeutung bringe und man das Geld investieren sollte. Gleichwohl müsse man die Kosten stets im Auge behalten.

Stadträtin Richter verweist auf die Kostenübersicht seit 2007 und wundert sich über das Verhältnis von Ausgaben, Einnahmen und Besuchern (2007: viele Ein-

nahmen, bei wenig Kosten und wenig Besuchern, 2011: wenige Einnahmen, bei vielen Ausgaben und viele Besuchern). Auch mit Blick auf den Bücherverkauf bittet sie um eine Erklärung.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass die Stadt im ersten Jahr einen Sonderpreis erhalten habe und in Unkenntnis der Wirkung der Ausstellung, die Verwaltung versucht habe, sämtliche Ausgaben mit Sponsoreneinnahmen zu decken. In den Folgejahren hatte man auf eine intensive Sponsorenakquise verzichtet. In diesem Jahr werde Herr Röhrig wieder verstärkt auf Sponsorensuche gehen. Der Bücherverkauf liegt bei ca. 40 verkauften Stück.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Für die „World-Press-Photo-Ausstellung 2012“ im Jahr 2013 in Kitzingen werden 21.000,00 € im Haushalt bereitgestellt.

15. Vermögensbuchführung der Stadt Kitzingen; hier: Aufhebung der Dienst-anweisung zur Vermögensbuchführung der Stadt Kitzingen

Stadtkämmerer Weber geht kurz auf den Sachverhalt ein.

Bei der Vorstellung des Sachvertrages stellten die Stadträte fest, dass die entsprechende Dienstvereinbarung nicht verschickt wurde.

Oberbürgermeister Müller setzt daraufhin, den Tagesordnungspunkt ab und sagt zu, die Unterlage bis zur Stadtratssitzung zu versenden.

Stadtrat Moser möchte wissen, weshalb eine Dienstanweisung im politischen Gremium behandelt werden müsse.

Stadtkämmerer Weber sagt zu, dies zu prüfen.

Ohne Abstimmung

Die Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung des Stadtrates am 27.09.2012 nach versandt der Dienstanweisung an den Stadtrat.

16. Sonstiges

**16.1. Information von Verwaltungsrat Hartner
Treffpunkt Schulung Assessment Center**

Verwaltungsrat Hartner weist darauf hin, dass die Schulungen zum Assessment Center am Freitag, 21.09.2012, 13.30 Uhr im Neuen Sitzungssaal stattfinden.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:50 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt

Stellv. Vorsitzender

Klaus Christof
Bürgermeister (Ziffer 9 Unterziffer 2)